

Bezugsbedingungen und Einzelpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 382-205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

7 Goldpfennig
70 Milliarden
Sonntags
26. Januar 1924

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Politische Reichswehr-Generäle.

Loßberg's „väterliche Ohrfeigen“. — Genehmigte und verbotene Flugblätter.

Die „unpolitischen“ Generäle der Reichswehr, die zu Inhabern der öffentlichen Gewalt bestimmt worden sind, erregen das Interesse der Öffentlichkeit mehr, als der Reichswehr und der Republik angenehm und nützlich sein kann. Nur ganz wenige der Wehrtreikommandeure haben bisher in der Öffentlichkeit nicht gar zu viel von sich reden gemacht. Die meisten hatten es für angebracht, durch Reden, Verbote oder sonstige Verfügungen die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Neuerdings hat der General v. Loßberg, der in Münster (Westfalen) residiert, die Generalsversammlung des Westfälischen Bauernvereins besucht und dort eine Ansprache gehalten, die fast an wittelsmische Reden erinnert. Dieser General hat es bekanntlich für seine Pflicht gehalten, den früheren Reichsminister des Innern, dem Abgeordneten Sollmann das Abhalten öffentlicher Versammlungen in seinem Bezirk zu verbieten. Er selbst aber, der doch ganz unpolitisch sein soll, wenn er den Wünschen des Wehrtreikommandeurs entsprechen will, hält vor dem Bauernverein und damit vor der großen Öffentlichkeit eine politische Rede, wie sie sonstiger nicht gedacht werden kann.

Wir folgen dem Bericht des „Westfälischen Merkur“, eines bekannten Zentrumsbattes, das die Ansprache Loßbergs ausführlich wiedergibt. Ist es noch verständlich, daß der General sich vor den Bauern selbst als praktischen Landwirt bezeichnet, der seit 20 Jahren die Verantwortung für einen großen Familienbesitz trägt, und daß er schon aus diesem Grunde den Landwirten über ihr Pflichtgefühl und dergleichen schöne Dinge allerhand Liebenswürdigkeiten sagt, so wird die Sache doch wesentlich anders, wenn er versichert, daß er als Inhaber der vollziehenden Gewalt sich veranlaßt gesehen habe, in Berlin darauf aufmerksam zu machen, daß es so mit den Zumutungen, die dem Landwirt auferlegt werden, nicht weitergeht, und daß er deshalb „in allem Ernst darauf hingewiesen habe, daß die Landwirtschaft die Grundlage des Staates ist und daß man die Grundlage nicht zerstören darf“. Schließlich hält er gar eine Wahlpaufe:

„Schaffen Sie sich Ihre eigene Interessenvertretung, brauchen Sie auch die große Vertretung in Berlin, die nach Ihren Anschauungen handelt und diese Vertretung zu schaffen ist Ihre eigene Sache. Sie haben jetzt vielleicht in den allerersten Monaten Gelegenheit, Ihre Ansicht, wie der Staat geführt werden soll, mit zur Geltung zu bringen. Der Landwirt muß dafür sorgen, daß auch in der Volksvertretung seine Stimme das Gehör findet, das ihm zukommt. Wenn die Wahlen kommen, heißt es deshalb hören an die Wehrleute, und zwar auch die Frauen und Kinder, wenn diese wahlberechtigt sind. Da gibt es keine Zurückhaltung...“

Dann versichert er den Landwirten, daß er, solange er das Amt als Inhaber der vollziehenden Gewalt habe, dafür garantiere, daß sie ihren Betrieb in Ruhe und Sicherheit ausführen könnten. Augenscheinlich faßt er diese Aufgabe so auf, daß die Landwirte keine Steuern mehr zu zahlen brauchen, denn er versichert ihnen:

„Nach meiner Ansicht kommt es darauf an, daß die deutsche Landwirtschaft auch die deutsche Volksernährung selbst übernehmen kann, daß die Einsicht in die leitenden Kreise einzigt, daß dies aber nur möglich ist, wenn dem Landwirt nicht alles weggesteuert wird... Ich habe deshalb auch mit allem Ernst in einem Antrag nach Berlin darauf hingewiesen, daß es ein Urding ist, den im Jahre 1913 festgesetzten Wehrbeitrag in der Höhe nie je herabzusetzen. Von diesem Wehrbeitrag hängt ab die Vermögenssteuer, die Klein- und Grundsteuer u. a. Andere Wege dieser Richtung müssen betreten werden.“

Es ist kein Wunder, wenn solche Reden bei den Herren Landwirten stürmischen Beifall auslösen, besonders, da sie von einem Manne ausgesprochen werden, der sich selbst als ihresgleichen bezeichnet. Es kommt aber noch viel schöner. Der General fordert die Landwirte auf, ihre Tugenden mehr als bisher zur Reichswehr zuzuschicken! Es gebe „in kinderreiche Landwirte, von denen vielleicht der eine oder andere einbehrlich ist“ — gemeint sind sicher die Kinder — und deshalb die zwölf Dienstjahre auf sich nehmen könne:

„Vergessen Sie nicht, daß unserer Jugend in vielfacher Hinsicht das fehlt, was früher bei der Erziehung erfüllt wurde, das ist die väterliche Ohrfeige. Diese hat gefehlt während des Krieges, als die Alten heraus waren und die Mütter die Jugend erziehen mußten. Ich meine die väterliche Ohrfeige nicht dem Worte nach, sondern im Sinne, die strenge Erziehung, die unserer Jugend notwendig ist... Diese Ohrfeigen geben wir unseren Soldaten, nicht mit der Hand ins Gesicht, sondern durch Einwirkung.“

Zum Schluß kommt eine Kriegsrede ganz im Stil des Mannes, der jetzt Schlachtherr von Doorn ist:

„Ich scheue mich nicht, das hier ganz offen auszusprechen: Einmal kommt die Zeit, wo wir abrechnen müssen mit dem, die uns jetzt drangsalieren. Treue ist, sich nicht beschwerender zu stellen. Ich bin kein Pazifist. (Bravo!) Wenn ich als General Pazifist wäre,

gehörte ich an den Laternenpfahl. Ich bin ein absoluter Mann, der dafür eintritt, daß wir den Feinden, die uns jetzt drangsalieren, die Zähne zeigen, selbst wenn es einen Verwüstungstempel geben sollte; auch vor dem dürfen wir uns nicht scheuen.“

Vielleicht ist es dem „unpolitischen“ General gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß er mit einer solchen Rede in dem Augenblick, da sich durch die Pariser Verhandlungen immerhin die Möglichkeit einer finanziellen Regelung der Reparationsfragen ergibt, mit militaristischen Pfaffensteinen alle diplomatische Fensterweihen einwirft. Wir können natürlich nicht voraussetzen, daß ein solcher Scherbenhaufen in seiner Absicht gelegen habe. Aber nehmen wir an, daß er nur in seiner ganz unpolitischen Reichswehrgewinnung derartige Reden zum Fenster hinaushaßt, die an das bekannte wittelsmische Wort vom „trodenen Pulver“ und vom „geschliffenen Schwert“ erinnern, so sollte sein politischer Vorgesetzter, der Reichswehrminister, ihm begreiflich machen, daß es nicht die Aufgabe der Inhaber der vollziehenden Gewalt ist, den politischen Maßnahmen der Reichsregierung durch solche Reden Schwierigkeiten zu bereiten.

Was für Loßberg gilt, gilt auch für andere Generäle. Da ist z. B. der Kommandeur des Wehrtreises 2 in Stettin, der General v. Tschischwitz, der sich nicht allein durch das Verbot der norddeutschen Dänenblätter bemerkbar gemacht hat, sondern neuerdings auch dadurch, daß er den Ausgang des republikanischen Wahlkampfes „Lachen links“ wegen des Vordorff-Bildes verurteilt hat. Diesem General wurde auch ein Flugblatt zur Genehmigung vorgelegt, das die Sozialdemokratische Partei in Schleswig-Holstein verbreiten lassen wollte, und das, wie es sich von selbst versteht, in durchaus sachlicher Form die Tätigkeit der Partei erläutern und für sie werben wollte. Dieses Flugblatt läßt der Herr v. Tschischwitz durch folgende Verfügung verbieten:

2. Distrikt. Stettin, den 21. Januar 1924.
(Wehrtreiskommando II.)
Abt. Ic Nr. 1321/24 A. Z.

An den Herrn Polizeipräsidenten in Kiel.

Das mir vorgelegte Flugblatt, das der Reichstagsabgeordnete Eggerstedt in Kiel verbreiten will, kann ich in der beabsichtigten Art nicht genehmigen.

Das Flugblatt stellt unbedingt ein Propagandaflygblatt für die soziale Partei dar.

Ein derartiges Propagandaflygblatt ist wohl in der Zeit der Wahlagitatorien zu gestatten, es dient aber nicht zur Beruhigung der Bevölkerung in Zeiten, in denen Wahlagitatorien nicht stattfinden.

Besonders muß ich darauf hinweisen, daß bei Genehmigung dieses Flugblattes die anderen politischen Parteien ihr sich das gleiche Recht in Anspruch nehmen können, ebensolche Propagandaflygblätter herauszugeben.

Da zurzeit die Wahlagitatorien noch nicht eröffnet sind, sehe ich infolgedessen unter besonderer Berücksichtigung der etwa entstehenden Weiterungen von der Genehmigung des mir vorgelegten Flugblattes ab.

Ich bitte, den Antragsteller dementsprechend bescheiden zu wollen.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt,
gez. v. Tschischwitz, Generalleutnant.

Das Verbot erfolgt, wie gesagt in Stettin und für Schleswig-Holstein! Eine Beschwerde an den Reichswehrminister vom 19. Januar ist bisher unbeantwortet geblieben!

An den öffentlichen Anschlagtafeln der Stadt Weimar prangt dagegen seit gestern ein deutsch-politisches nationalsozialistisches Wahlplakat folgenden Inhalts:

„Hoch die Internationale!
Nie wieder Krieg! Nieder mit dem Militarismus!
Proletariat verleiht Euch Macht, Freiheit, Brüderlichkeit!
Gleiches Maß für alle, alle für alle!
So riefen Eure Führer.“

(Bild) Kurt Eisner-Romanowowa, Rosa Luxemburg,
Galizischer Jude, Arbeiterführer, Kassejüdin, Spartakusführerin,
Bayerischer Ministerpräsident.

(Bild) Radek, Sobellohn, Strauß, Bankier Barbus,
Sowjetischer Eisenbahnchef, Jude, Dr. Kaiser, Jude, Bayrischer Kriegs-
Minister, Arbeiterführer, Verfassung, finanzieller Freund
Kaiser Wilhelms und
Dr. Cuno.

(Bild) Barous, Heiphant,
Jude, Minister, Arbeiterführer.

Eure Revolution im Jahre 1918 wurde infolge der Jugendschicklichkeit Eurer Führer gegenüber dem Verbrechensnetz der Weltbörsen und Juden zu einer Lohnbewegung gestempelt. Der Marxismus hat

sich als Betrug erklart. Die Führer der Roten Internationale sind besoldete Verbündete und Beschützer der Goldenen Internationale. Ohne daß die Hand des Genossen Scheidemann verdrückt, war das Diktat von Versailles unterzeichnet. Unter den Augen Eurer Volksbeauftragten konnte Rathenau (Jude) mit dem Feinde Ausbütungsverträge abschließen. Der Ruhrkrieg wurde eine Komödie der Großindustrie (Stinnes, Strauß, Wolf). Man gab Euch viel Geld (Papier), Hunger, Rotwunden verursacht durch Schilberg-Rudel.

Ihr wußtet keine Rettung mehr. Euer Elend trieb Euch zu Verzweiflungstaten. Ihr ließet Euch zu Strafen, Aufständen hinreißen. Was bei den Beteiligten Freiheitsstrafen, Tod und Verbannung zur Folge hatte. Die gleichen Drahtzieher hat man auf Euch losgelassen, welche Rußland dem Bolschewismus auslieferten und deren Erfolg dort insgesamt 30 Millionen Tote waren. Die Hauptschuld unserer Volksnot tragen aber Eure Führer, welche nichts für Euch tun, als im Parlament zu sitzen, wohin diese von Euch gewählt wurden und dort Euch verschachern und dafür Dänen schlachten. Deren Talentlosigkeit und deren Verantwortungslosigkeit ist schuld, daß die Macht der 300 Männer, von denen Walter Rathenau sprach und die die ganze Welt beherrschen, dem Arbeiter und Mittelstand im Rücken sitzt. Es ist lächerlich, daß die englische, französische und amerikanische Arbeiterpartei Hilfe bringt.

Auf zur Bestimmung!

Herunter mit dem Juden-Sowjetismus! Hoch das Deutsche Hakenkreuz! Verrot begehrt, wer am Wahltag die Listen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Volkspartei und Deutschnationalen wählt. Sie alle stehen unter der Führung W. Dubas. Wir fordern ein freies Groß-Deutschland... Schließung der Börsen, Verbot der un deutschen und Judenpresse, Verabschiedung der Juden aus den Staatsstellen usw. Unsere Parole ist Freiheit und Brot! Es lebe der nationalsozialistische Staat! Es lebe Adolf Hitler!

Nieder mit der Monarchie unter Gnaden W. Dubas und des römischen Papstes!

Unterschrift: Otto Man, Propagandaleiter, Bad Sulza/Thüringen.

Genehmigt: (Stempel) Reichswehrgruppe II Abteilung Ic.

Die Genehmigung dieses angenehmen Wahlplakats ist im Auftrage des bekannten Generals v. Hasse erfolgt, der für Thüringen so nebenbei auch noch den Reichskommissar spielen möchte. Ueber das Plakat selbst und infolgedessen auch über die Notwendigkeit seiner Genehmigung sagen wir aus begreiflichen Gründen kein Wort.

Coslow, Loßberg, Tschischwitz, Hasse — das sind also die Namen der Männer, die heute im Inland und Ausland genannt werden als die tatsächlichen Repräsentanten der Deutschen Republik; denn sie sind ja die „Inhaber der vollziehenden Gewalt“. Was sonst noch an republikanischen Ministern nach außen hin verhandelt, das ist schließlich nichts anderes mehr als bloße Dekoration. Die Verfügungen, Genehmigungen, Verbote und schließlich auch die Reden der unpolitischen Generäle müssen aber schließlich auch dem Bündelsten stammachen, daß es höchste Zeit ist, endlich und endgültig dem militärischen Ausnahmezustand ein Ende zu bereiten. Wie lange sollen wir noch warten? Und was soll inzwischen noch geschehen?

Aufhebung der Schutzhaft in — Indien.

Das Parlament gegen die Schutzhaftschande.

Kalkutta, 26. Januar. (WZ.) Trotz des Widerspruches der Regierung hat die gelegende Versammlung von Kalkutta mit 78 gegen 48 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der die Freilassung von 17 Personen gefordert wird, die ohne Gerichtsurteil gefangen gehalten werden. Die Vertreter der Regierung erklärten, die Verhaftungen seien dringend notwendig gewesen, und fügten hinzu, gewisse Befehle seien unzureichend gegen revolutionäre Verschwörungen, die Führer hätten mit Moskau in Verbindung gestanden und von dort Geld, Waffen und Munition erhalten.

Das indische Parlament scheint mehr demokratisches Rechtsempfinden zu besitzen als der Deutsche Reichstag. Unter dem militärischen Belagerungszustand wird bei uns die Schutzhaft weiter verlängert, aber die bürgerliche Mehrheit der Volksvertretung würde sich nicht dazu aufraffen, einen Antrag auf Abschaffung dieser überflüssigen Begleiterscheinung der Militärarrestur gegen den Widerspruch von Gehler und Emminger anzunehmen.

Margaret Bondfield in Genf.

Delegierte beim Internationalen Arbeitsamt.

London, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Amlich wird gemeldet: Die Unterstaatssekretärin im Arbeitsministerium, Miss Margaret Bondfield, ist heute nach Genf abgereist, wo sie die englische Regierung auf der Tagung des Internationalen Arbeitsamts offiziell vertreten wird.

